

Antrag an das Studierendenparlament

Kiel, den 05.09.2025

Einrichtung „Arbeitskreis Zivilklausel“ im AStA

Antragsteller*innen:

Lea-Marie Lopau, Lukas Drescher, Fritz Herkenhoff (AStA-Vorstand)

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge den AStA mit der Einrichtung eines Arbeitskreises für eine Zivilklausel beauftragen. Der AK Zivilklausel soll sich explizit auch mit einer Transparenzklausel sowie einer Kommission zur Ethik sicherheitsrelevanter Forschung als erste Schritte befassen. Das Ziel des Arbeitskreises soll die Erarbeitung eines praxisorientierten Vorschlags für eine Zivilklausel, die Belebung des Diskurses an der CAU sowie entsprechende niedrigschwellige Aufklärungsarbeit sein.

Antragsbegründung:

Pax optima rerum – Frieden ist das höchste Gut. Das Universitätsmotto der CAU wird teilweise als älteste Friedensklausel im deutschsprachigen Raum gedeutet.¹ Der Senat hat dies bereits am 07.05.2005 auch in der Präambel der Grundordnung festgehalten: *„Damit verfolgt sie als Landesuniversität in der Gegenwart Ziele, die mit Gründung im Jahre 1665 durch Herzog Christian Albrecht von Schleswig und Holstein zu Gottorf angelegt waren. Die Christian-Albrechts-Universität und ihre Mitglieder wissen sich dem Wahlspruch ihres Gründers, Pax optima rerum – Friede ist das höchste Gut – bleibend verpflichtet.“*²

Der Begriff Zivilklausel hat eine unglückliche Doppelbedeutung erlangt. Zum einen umfasst er sämtliche Arten von Klauseln, die das Friedensbestreben einer Hochschule ausdrücken und daraus Folgerungen ableiten. Zum anderen ist eine Zivilklausel auch eine Selbsterklärung einer Hochschule, zivile Forschung zu betreiben und auch Lehre und Studium zivil zu gestalten. Der Begriff Zivilklausel wird klarer, wenn erst einmal der Begriff Friedensklausel geklärt wird. Friedensklauseln tragen den Anspruch nach außen, sich aktiv für den Frieden einsetzen zu wollen. Eine mögliche Definition besteht in der Definition des Friedens als Abwesenheit von Krieg. Auch unter einer Friedensklausel kann massive Rüstungsforschung betrieben werden, wenn der entsprechende Friedensbegriff Anwendung findet. Aus diesen Gründen ergänzten andere Hochschulen bei der Formulierung einer Klausel den Friedensbegriff um die zivile Dimension. Eine klassische Formulierung stellt beispielsweise die Zivilklausel der Uni Kassel dar: *„Deshalb sollen Forschung, Lehre und Studium an der Universität Kassel ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dienen.“* Das Zivile ist vor allem *„die Abgrenzung von militärischer Nutzbarmachung“*, beispielsweise den Bereich der

¹ Beispielsweise laut www.zivilklausel.de (Stand 04.09.2025)

² Lesefassung der Grundordnung (Verfassung, Satzung) der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel vom 1. September 2008

Kooperationen mit Rüstungskonzernen, militärisch relevante Projekte oder, auf studentischer Seite, Praktika bei nicht-zivilen Einrichtungen. Einer solchen Klausel liegt auch die Überzeugung zugrunde, dass die Verantwortung der Wissenschaft nicht erst dort beginnt, wo das Gesetz es vorschreibt und dass die Wahrnehmung dieser Verantwortung am besten durch Transparenz und Diskurs geleistet werden kann.

Die Einführung einer Zivilklausel ist allerdings nicht das Ende dieses Diskurses, sondern der Anfang. Die Frage, wie eine Zivilklausel an einer Hochschule institutionalisiert werden kann, darf nicht getrennt von der Klausel selbst diskutiert werden. Einerseits ist ein Verfahren nötig, das Projekte öffentlich macht, die eventuell diskussionswürdig sind. Andererseits braucht es ein Verfahren, das bei Streitfällen über das jeweilige Projekt und die jeweiligen Drittmittel entscheidet. Dafür braucht es eine Kommission zur Ethik sicherheitsrelevanter Forschung (KEF), um den verantwortungsvollen Umgang mit solchen Forschungsvorhaben zu gewährleisten. Diese Kommission bietet Beratung bei ethischen und rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit sicherheitsrelevanter Forschung an. Sie unterstützt Wissenschaftler*innen dabei, potenzielle Risiken ihrer Arbeit zu erkennen und abzuwägen, sowie geeignete Schutzmaßnahmen zu entwickeln.³ Dr. Julia Dietrich von der Freien Universität Berlin sagt zu KEFs: *„Die Implementierung von KEFs sollte daher mit Maßnahmen verbunden werden, (wissenschafts-) ethische Grundbildung und ethische Professionalisierung bis hin zu einer Berichtsethik zu ermöglichen. Dies würde bedeuten, Ethik-Veranstaltungen verbindlich in Bachelor-, Master-, Promotions- und Post-Doc-Phasen zu integrieren und interdisziplinäre Kooperationen mit der Philosophie/Ethik und Möglichkeiten fakultativer Vertiefung (ggf. im Rahmen eines Zertifikatssystems) zu fördern.“*⁴

Der Gemeinsame Ausschuss der Leopoldina/DFG hat hierzu entsprechende Empfehlungen formuliert: <https://www.sicherheitsrelevante-forschung.org/bildung-lehre/>.

Eine Universität kann sich als wichtiger gesellschaftlicher Akteur nicht um ihre gestaltende Rolle drücken. Welchen Nutzen hat die Universität davon? Zum einen ist eine Zivilklausel sehr nützlich in der Markenbildung einer Hochschule und viele Hochschulen, die eine Zivilklausel eingeführt haben, werben auch aktiv damit. Studierenden bleibt so die Verunsicherung erspart, womöglich an für sie ethisch nicht vertretbaren Projekten mitzuarbeiten. Andersherum können Forscher*innen Projekte „absichern“ lassen, von denen nicht sicher ist, ob sie tendenziell militärischer Natur sind. Die Zivilklausel bringt so Sicherheit in einen komplizierten Graubereich der Forschung und Lehre. So hat die Anpassung des Leitbildes des Deutschen-Elektronen-Synchrotron (DESY) für viel Kritik gesorgt. Die diskutierte Änderung würde Forschung ermöglichen, die nicht ausschließlichen zivilen Zwecken dient. In einer Stellungnahme der Zusammenkunft aller Physik-Fachschaften (ZaPF) wurden die Bedenken klar geäußert und unter anderem gefordert, dass die Selbstverpflichtung zur zivilen Forschung aufrechterhalten wird und, dass studentische Perspektiven bei grundlegenden strategischen Entscheidungen frühzeitig eingebunden werden.⁵(zapfev.de/resolutionen/wise24/DESY/Reso_Stellungnahme_DESY_Leitbild.pdf)

³ Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina und Deutsche Forschungsgemeinschaft, 2024.

⁴ Dr. Julia Dietrich, 2024.

⁵ Stellungnahme der ZaPF zu möglichen Änderung des DESY-Leitbildes, 2024.

Auch von Forschenden selbst heißt es in der Petition „Not in our name“⁶:

Wir fordern die Intensivierung der zivilen und friedensbildenden Forschung, anstatt zivile Einrichtungen für die militärische Forschung zu öffnen. Nur so können wir mit den großen, drängenden globalen Problemen wie dem Klimawandel und der sozialen Gerechtigkeit fertig werden, dazu beitragen, die ständig wachsende Gefahr eines Atomkriegs zu verringern, eine Lebensmöglichkeit für alle auf der Erde zu schaffen und das Überleben der Menschheit als Ganzes zu gewährleisten. Wir, die unterzeichneten Wissenschaftler und Mitarbeiter von Forschungs- und Bildungseinrichtungen,

- Bekräftigen nachdrücklich unsere Weigerung, an irgendeiner Form an Projekten mit militärischen Zielen teilzunehmen,*
- Fordern, dass die Zivilklauseln zum Standard für die Forschung werden und erweitert werden, so dass sie zu einer Vorlage für die internationale Zusammenarbeit werden,*
- Fordern die Ausweitung der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit zivilen Zielen in Übereinstimmung mit den Zivilklauseln, um die wichtigen und drängenden Fragen der Menschheit lösen zu können,*
- Drängen darauf Bildungseinrichtungen, die durch Kriege zerstört werden, wieder aufzubauen und die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit allen Regionen, die von Kriegen und militärischen Konflikten betroffen sind, im Rahmen der Bildungsarbeit und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der UNESCO zu fördern.*

Beschneidet eine Zivilklausel die im Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit?

Die Frage ist juristisch schnell geklärt: Nein. Würde die CAU im Senat eine Zivilklausel in Form einer Selbstverpflichtung beschließen, bliebe die Autonomie der Hochschule unangetastet. Forschung, die nicht per Gesetz verboten ist, kann auch die Uni nicht verbieten. Jedoch kann die Universität über interne Mittelvergabe und eine Personalpolitik, die einer solchen Klausel entspricht, Forschung und Lehre in die Richtung des selbst gegebenen Profils lenken. Ein mit der Forschungsfreiheit verbundener Punkt sind Drittmittel. Diese dienen der Forschungsfinanzierung aber führen auch zur ungleichen Ausstattung unterschiedlicher Forschungsrichtungen und beeinflussen die interne Mittelvergabe, weil die Universität zu Drittmittelprojekten Geld dazu gibt. Eine Zivilklausel führt nicht nur zu mehr Transparenz im drittmittelfinanzierten Forschungssektor, sondern auch dazu, dass einige Drittmittel abgelehnt werden. Eine Transparenzklausel würde die Drittmittelfinanzierung komplett offenlegen und eine kritische Auseinandersetzung mit den Mittelgebern ermöglichen.

Im Rahmen einer 2013 durchgeführten Studierendenbefragung befürworteten 2/3 der knapp 4000 teilnehmenden Studierenden, dass der folgende Passus in die Grundordnung der CAU aufgenommen werden soll: „Forschung, Studium und Lehre sind zivil, dienen friedlichen Zwecken und sind frei von Kooperationen mit Rüstungskonzernen und militärischen Akteuren.“⁷

⁶ Opening civil research facilities to military projects is NOT IN OUR NAME, 2024.

⁷ Spiegel-Artikel, Nie wieder Kriegsforschung!, 2013.